Berichtsvorlage
LA/034/2025

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Ausschuss für Recht, Wirtschaft und Arbeit	29.10.2025	öffentlich	Bericht

Betreff:

Keine Militarisierung unserer Schulen, Hochschulen und des öffentlichen Raums - Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen bleiben zivil!
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Die Linke vom 20.01.2025

Anlagen:
Antrag der Linken Liste vom 20.01.2025
Entscheidungsvorlage
Beschluss des Schulausschusses vom 23.07.2010
Schreiben vom Kultusministeriums vom 29.09.2009
Stellungnahme des Rechtsamtes vom 12.05.2010
Sachverhalt zum Schulausschuss vom 20.04.2012
Anmeldung des Schulausschusses vom 20.04.2012

Sachverhalt (kurz):

Zu folgenden Punkten wird berichtet:

1. Verbot von Bundeswehrwerbung im öffentlichen Raum
2. Keine Bundeswehr an Schulen und Hochschulen
3. Positionierung gegen die Rekrutierung Minderjähriger
4. Unterstützung der Popularklage gegen das Bundeswehrgesetz

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☒ **BDR**

☐

☐